

*kostenlos oder
Solidaritätspreis: 3,- DM*

Nr. 1

Juni 1999

**Führender NPD-Kader Hupka
erstattet Anzeige -
Staatsanwaltschaft erhebt prompt
Anklage!**

**Prozeß gegen
den presserechtlich
Verantwortlichen von
GEGEN DIE STRÖMUNG**

**wegen des Flugblatts „Leipzig, 1. Mai 1998:
Militanter Kampf - der richtige Weg
gegen die erstarkenden Nazis!“**

**Montag, 2. August 1999, 13.00 Uhr
Amtsgericht Frankfurt/Main
Gerichtsgebäude E (Hammelsgasse 1)
II. Stock, Raum 26**

Inhalt:

1. Vorwort	S. 3
2. Durchsuchungsbeschluß	S. 5
3. Presseerklärung vom Januar 1999	S. 6
4. Dokumentation des beschlagnahmten Flugblatts 5/98 von GEGEN DIE STRÖMUNG	S. 8
5. Anklageschrift (Antrag auf Eröffnung des Verfahrens)	S. 14
6. Informationen zu Steffen Hupka	S. 21
7. Wichtige Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG zum antinazistischen Kampf und zum Kampf gegen staatliche Faschisierung	S. 25

herausgegeben von:

Buchladen
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4
60327 Frankfurt / Main
Fax: 069 / 73 09 20

Mittwoch bis Freitag: 16.30 bis 18.30 Uhr
Samstag: 10.00 bis 13.00 Uhr

Vertrieb für
Internationale Literatur
Brunhildstr. 5
10829 Berlin

Samstag: 11.00 bis 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Vorwort:

Am 16. Januar 1999 durchsuchten Polizei und Staatsschutz die Buchläden „Georgi Dimitroff“ in Frankfurt/Main und „Vertrieb für Internationale Literatur“ in Berlin sowie eine Privatwohnung (siehe dazu die Presseerklärung vom 18. Januar 1999).

Gegenstand der Ermittlungen ist das Flugblatt 5/98 von GEGEN DIE STRÖMUNG **„Leipzig, 1. Mai 1998: Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!“**, das wir hier dokumentieren, um eine Überprüfung der Vorwürfe der Staatsanwaltschaft zu ermöglichen.

Die Vorwürfe lauten: *„...wird angeklagt ... eine rechtswidrige Tat, nachdem sie begangen worden war, nämlich die Beteiligung an Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen wurde, bei der andere Waffen bei sich geführt wurden, um diese bei der Tat zu verwenden, durch Verbreitung von Schriften in einer Weise gebilligt zu haben, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.“¹*

Auslöser der Ermittlungen war ein Brief des führenden Nazi-Kaders Steffen Hupka aus Quedlinburg. Hupka, ehemaliger Kader der inzwischen verbotenen Nazi-Organisationen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten (ANS/NA) und der Nationalistischen Front (NF), ist inzwischen Mitglied des Bundesvorstands der NPD und der JN². Er ist Anmelder zahlreicher Nazi-Aufmärsche, so z.B. dem am 1. März 1997 gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“ in München oder dem am 27. Februar 1999 in Magdeburg.

In seinem Brief beklagt er sich darüber, daß in dem Flugblatt zur Gewalt gegenüber politisch Andersdenkenden aufgerufen würde. Er fordert die Polizei auf, die Ermittlungen aufzunehmen und bittet darum, über den Stand der Ermittlungen informiert zu werden. Ein anschaulicheres Beispiel der Zusammenarbeit von Nazis und Staatsapparat findet sich wohl selten.

¹ §§140 Nr. 2, 126, Abs. 1 Nr. 1, 125 Abs. 1 Nr. 1, 125a Satz 1 und 2 Nr. 2, 74, 74d des Strafgesetzbuches (vgl. Anklageschrift S. 1-2 und 4).

² Vgl. Antifaschistisches Infoblatt Nr. 42, Verfassungsschutzbericht 1998 und Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 476 f.

Wir haben hier einige Informationen über Hupka zusammengestellt. Wir bitten alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, uns weiteres aktuelles Material zu Hupka zu schicken.

Wir werden das Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen von GEGEN DIE STRÖMUNG dazu nutzen, die Nazi-Morde und anderen Nazi-Verbrechen anzuprangern, die in der letzten Zeit in diesem Land begangen wurden. Wir werden klarstellen, daß wir uns nicht zu rechtfertigen haben, sondern daß wir vielmehr gegen die Zustände in Deutschland „Anklage erheben“!

Wir bitten alle Antifaschistinnen und Antifaschisten hiermit, uns bei der Recherche der Nazi-Verbrechen der letzten Zeit mit Informationen zu unterstützen, damit unsere Anklage eine möglichst umfassende werden kann.

Frankfurt am Main / Berlin, Juni 1999

GEGEN DIE STRÖMUNG

BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF

VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

Durchsuchungsbeschuß:

5

Geschäftsnummer: 50 Js 28518.3/98 - 931 Gs

AMTSGERICHT FRANKFURT AM MAIN ERMITTLUNGSRICHTER

Beschluß

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

Albert ODENTHAL
geboren am 13.09.1928 in Köln
wohnhaft: [REDACTED]

wegen Verdachts einer Straftat nach §§ 140 Nr. 2, 126 Abs.1 Nr. 1, 125a Sätze 1 + 2
Nr. 2 StGB

wird gemäß § 102 StPO die Durchsuchung der Wohn- Geschäfts- und Nebenräume

- a) [REDACTED]
- b) Buchladen „Georgi Dimitroff“,
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt am Main
- c) „Vertrieb für internationale Literatur“
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

des Beschuldigten sowie seiner Person und der ihm gehörigen Sachen angeordnet.
Gleichzeitig wird gemäß § 111n StPO die Beschlagnahme des periodischen Druckwerks
„Gegen die Strömung“, Nr. 5/98 angeordnet.

Das vorgefundene Beweismaterial ist in Verwahrung zu nehmen oder in anderer Weise
sicherzustellen. In den Fällen des § 98 Abs. 2 StPO ist binnen drei Tagen die richterliche
Bestätigung der Beschlagnahme nachzusuchen.

Gründe

Der Beschuldigte ist verdächtig, als verantwortlicher Redakteur in der Maiausgabe 1998 der
von ihm gedruckten und herausgegebenen Flugschrift „Gegen die Strömung“ das militante,
gewalttätige Vorgehen der Antifa am 01.05.1998 in Leipzig in einer den öffentlichen Frieden
gefährdenden Weise gebilligt und verherrlicht zu haben.

Nach den bisherigen Ermittlungen ist zu vermuten, daß die Durchsuchung zur Auffindung
folgender Beweismittel führen wird:

Vorbezeichnete Flugschrift,, Vorlagen usw. sowie aufzufindenden
Hochleistungskopiergerätes.

Frankfurt am Main, den 8. Oktober 1998
Amtsgericht, Abt. 931

Ausgefertigt

Frankfurt am Main, den 23. Oktober 1998

gez. Stilp

Richterin am Amtsgericht



Urkundsbeamter/in der
Geschäftsstelle

Presseerklärung

1. Am Samstag den 16. Januar 1999 wurde der Buchladen Georgi Dimitroff in Frankfurt am Main, der Buchladen „Vertrieb für internationale Literatur“ in Berlin und eine Privatwohnung von der Polizei durchsucht und Exemplare des Flugblatts „Leipzig, 1. Mai 1998: **Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis**“ der Zeitschrift GEGEN DIE STRÖMUNG beschlagnahmt. Ein „Hochleistungskopierer“ wurde versiegelt.

Wir betonen: dies war nicht eine Aktion der Nazis gegen GEGEN DIE STRÖMUNG, sondern eine Aktion der Polizei - so als wollte sie noch einmal eine Vorführung geben, daß sie sich auch außerhalb von Demonstrationen schützend vor die Nazi-Banden stellt.

2. Der Vorwand und Vorwurf lautet:

„...verdächtigt, als verantwortlicher Redakteur in der Maiausgabe 1998 der von ihm gedruckten und herausgegebenen Flugschriften 'Gegen die Strömung' das militante, gewalttätige Vorgehen der Antifa am 01.05.1998 in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise gebilligt und verherrlicht zu haben.“

Ausgestellt am 23. Oktober 1998 von Richterin STÜLP, wurde der Durchsuchungsbeschluß drei Monate später vollstreckt (in Frankfurt von Kriminaloberkommissar ARETZ, Kriminalhauptmeister BRUCHMANN und einem Herrn DIGUAL) - eine Woche nach der großen Demonstration in Berlin zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Nicht uninteressant ist, daß die letzte willkürliche Durchsuchung von Buchläden und Privaträumen gegen GEGEN DIE STRÖMUNG am Tag genau vor zwei Jahren (am Wochenende der damaligen Demonstration anläßlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) erfolgte.

Und ein Kriminalbeamter mit Namen REINER ZUFALL war nicht dabei.

3. Der Durchsuchungsbefehl gibt keine konkrete Passage des Flugblatts an, die beweist, daß GEGEN DIE STRÖMUNG irgendetwas „verherrlicht“.

Offensichtlich, nach nochmaligem Studium, scheint sich alles auf folgende Passage des Flugblatts zu konzentrieren:

„Angesichts des alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Notwehr und der militante Kampf gegen die Nazi-Banden im Vordergrund.“

Was den militanten Kampf der antinazistischen Kräfte (der „Antifa“) angeht, so wird er klar als prinzipiell berechtigte Notwehr dargestellt, die die sogenannte „putative Notwehr“ (also die zeitweilige Offensive) einschließt, ohne in das weinerlich-peinliche defensive Gejammer der Opportunisten einzustimmen.

Eine VerHERRlichung des militanten Kampfes ist mit Sicherheit in dieser wie in anderen Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG nicht zu finden, da wir, im Gegensatz zu Nazis und Polizei, den HERRENmenschenstandpunkt, den HERRENstandpunkt und jede Form religiös gefärbter VerHERRlichung prinzipiell bekämpfen.

* * *

Wir - wie auch die Polizei - kennen ja die weit verbreitete Praxis solidarischer Antifas, beschlagnahmte Flugblätter in großer Anzahl nachzukopieren und weiter zu verbreiten.

Frankfurt am Main / Berlin, den 18. Januar 1999

GEGEN DIE STRÖMUNG
BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF
VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

**Buchladen
Georgi Dimitroff**

Koblenzer Str. 4
60327 Frankfurt / Main
Fax: 069 / 73 09 20

Mittwoch bis Freitag: 16.30 bis 18.30 Uhr
Samstag: 10.00 bis 13.00 Uhr

**Vertrieb für
Internationale Literatur**

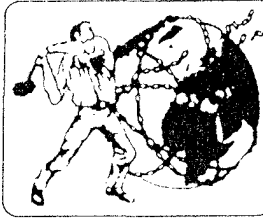
Brunhildstr. 5
10829 Berlin

Samstag: 11.00 bis 14.00 Uhr

Dokumentation des beschlagnahmten Flugblatts 5/99 von GEGEN DIE STRÖMUNG:

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5/98

Mai 1998

Leipzig, 1. Mai 1998:

Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!

Die nazistische NPD hatte für den 1. Mai eine Demonstration in Leipzig angekündigt. Der NPD gelang es in diesem Jahr mit 5.000 bis 6.000 Nazis unter dem Schutz der Polizei vor dem sogenannten „Völkerschlachtdenkmal“ aufzumarschieren und ihre Kundgebung abzuhalten. Doch das ist nur die eine Seite der Sache. Den militanten antifaschistischen Kräften gelang es im Kampf gegen Polizei und Nazis zu verhindern, daß das Nazi-Pack ihren geplanten Marsch durch die Straßen von Leipzig durchführen konnte. Durch diesen militanten Kampf der antinazistischen Kräfte gelang es auch, vor der Weltöffentlichkeit das Zusammenspiel von deutschem Staatsapparat und den Nazis aufzudecken und anzuprangern.

Das Zusammenspiel von deutschem Staatsapparat und Nazis

Erste Etappe: Geschickt inszeniertes Verwirrspiel vor dem 1. Mai

Das Ordnungsamt der Stadt Leipzig hatte am 17. April die Nazi-Demonstration erstmals verboten. Argumentiert wurde dabei vor allem damit, daß nicht genügend Polizeikräfte vorhanden seien, um die Nazis vor den Gegendemonstranten zu schützen. Das Verwaltungsgericht Leipzig bestätigte am 27. April zunächst das Verbot. Das sächsische Oberverwaltungsgericht hob dieses Urteil am 30. April zumindest teilweise wieder auf: die Nazis dürften keine

Demonstration durchführen, wohl aber eine Kundgebung vor dem Völkerschlachtdenkmal.

Daraufhin sprach die Stadt Leipzig ein zweites Verbot aus. Begründung: es gebe neue Erkenntnisse, daß mit noch mehr „gewalttätigen“ Nazigegnern zu rechnen sei. Auch dieses Verbot wurde vom Verwaltungsgericht Leipzig aufgehoben. Nach dem dritten Verbot durch die Stadt Leipzig erlaubte am Morgen des 1. Mai das Verwaltungsgericht Leipzig endgültig die Nazi-Demonstration!

Das Bundesverfassungsgericht bestätigte dann das Urteil des sächsischen Oberverwaltungs-



Militante Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf mit der Polizei!

Solidarität mit den vom Polizeiterror bedrohten Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Wir drucken hier die Presseerklärung der Roten Hilfe, Ortsgruppe Göttingen ab, die den Polizeiterror gegen 39 Antifaschistinnen und Antifaschisten anprangert und die juristische Rechtfertigung und den Vorwand für diesen Polizeiterror entlarvt:

Hausdurchsuchung beim Archiv der Roten Hilfe e.V. - Politische Verfolgung im Schafspelz der Strafverfolgung

Am Dienstag, den 12.5.98 durchsuchte die Polizei mehrere Wohnungen in Berlin, Hamburg, Göttingen, Passau, München, Nürnberg, Bielefeld und Mülheim. Bei den Durchsuchungen wurden Computer, Disketten, Flugblätter und persönliche Unterlagen beschlagnahmt. Die Durchsuchungen richteten sich gegen 39 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die eine „kriminelle Vereinigung“ im Sinne des § 129 gebildet haben sollen. Hintergrund sind 100 angebliche Straftaten, die sich gegen Veranstaltungen politischer Gegner, staatlicher Einrichtungen und der Stadt Passau gerichtet haben sollen.

In Göttingen wurden unter anderem die Räume des Buchladen Rote Straße, Nikolai-Kirchhof 7 durchsucht. Diese Durchsuchung galt unter anderem dem Archiv der Roten Hilfe e.V. Die Staatsanwaltschaft München wollte dort Mitgliederlisten der Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. (OG) Passau beschlagnahmen. Begründet wurde dies damit, daß die OG Passau ein Teil der Antifaschistischen Aktion Passau (AAP) sei. Die AAP soll eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB darstellen.

Diese Begründung ist absurd und faden-scheinig. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende Schutzorganisation für politisch Bedrängte und Verfolgte. Sollten Mitglieder der Antifaschistischen Aktion Passau zugleich Mitglieder der Roten Hilfe sein, so wäre dies nur verständlich, angesichts der hier erneut deutlich gewordenen Verfolgung von Antifaschistinnen durch den deutschen Staat.

Daraus kann jedoch in keinem Fall geschlossen werden, daß die OG Passau Teil der AAP ist. Eine Mitgliederliste der OG Passau ist für die Ermittlungen gegen die AAP ohne Belang.

Das Suchen nach einer solchen Liste zeigte dagegen, daß die Staatsanwaltschaft keinerlei Hinweise auf die angebliche „kriminelle Vereinigung“ hat. Dafür wären zumindest Personen erforderlich, die der Begehung von Straftaten verdächtig werden. Eben diese versucht die Staatsanwaltschaft nun bei der Roten Hilfe zu finden - eine Groteske, doch für die Rote Hilfe leider bitterer Ernst.

Wie schon in der Vergangenheit werden im Tarngewand der Strafverfolgung politisch mißliebige Personen eingeschüchtert und ihre Arbeit behindert. Die Rote Hilfe ist der Staatsanwaltschaft München offensichtlich bei ihren Machenschaften im Wege und wird gleich mit auf die schwarze Liste gesetzt.

Fortsetzung auf S. 2

Anti-Nazi-Demonstration in Solingen am 30.5.1998 zum 5. Jahrestag der Nazi-Morde! 12.00 Uhr, Alter Markt
Beilage: Kommunistische Positionen zum reaktionären „Völkerschlachtdenkmal“

Fortsetzung von S. 1

Der § 129 StGB ist dabei ein ideales Werkzeug für die Einschüchterer und Disziplinierer, sie müssen keine konkreten Straftaten mehr aufklären, sondern können sich ungeniert ihren Verschwörungsphantasien und ihrer Ausschüffelei politisch Andersdenkender hingeben.

Musterbeispiel für derartiges Vorgehen ist im Übrigen das Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) in Göttingen, bei dem jahrelang Tref-

fen gefilmt, Telefone abgehört und schließlich eine Großrazzia durchgeführt wurde. Bekanntes Ergebnis: Das Verfahren wurde eingestellt.

■ Die Rote Hilfe protestiert gegen die Durchsuchungen und behält sich rechtliche Schritte wie Dienstaufsichtsbeschwerde und Strafanzeige vor.

■ Die Rote Hilfe erklärt sich mit den betroffenen AntifaschistInnen solidarisch und wünscht ihnen Durchhaltevermögen und Mut, angesichts der staatlichen Verfolgung. Ihr seid nicht allein.

■ Zum Schutz der politischen Freiheit: der § 129 StGB muß abgeschafft werden!

■ Die Rote Hilfe Göttingen ruft zu einer Kundgebung gegen die Durchsuchungen auf. Sie findet am Samstag den 16.5.1998 um 12.00 Uhr auf dem Marktplatz (Gänselesel) in Göttingen statt.

13.5.98

gerichts, das die Kundgebung am „Völkerschlachtdenkmal“ erlaubte.² Somit hat das oberste Gericht in Deutschland den Naziaufmarsch genehmigt.

So zeigte sich bei allem Hin und Her auch ganz praktisch, was theoretisch eh klar ist: der Staatsapparat des deutschen Imperialismus mit seinen Gerichten wird wie bisher so auch in Zukunft Schutzmacht der nazistischen Bewegung sein.

Zweite Etappe:

Militante Straßenkämpfe gegen die Polizei, die die Nazis schützte!

Das Leipziger „Bündnis gegen Rechts“, die Gruppen der Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) und andere hatten mit der Parole „Nazi-Aufmarsch in Leipzig verhindern!“ für den 1. Mai bundesweit nach Leipzig mobilisiert. Rund 5.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten waren diesem Aufruf gefolgt. Insgesamt waren am 1. Mai über 6.100 Polizisten in Leipzig im Einsatz, um den Aufmarsch der Nazis zu schützen. Schon während der Anreise gelang es einigen Antifaschistinnen und Antifaschisten, kleine Gruppen von Nazis anzugreifen und aufzulösen.³

Im Verlauf der militanten Kämpfe in Leipzig gegen die Nazis zeigte sich, daß nicht nur die deutsche Polizei gegen die Antifaschisten vorgeht. Es war von großer Bedeutung, daß die Anti-Nazi-Kräfte sich auch von drei Abwiegemanövern nicht von ihrem Kampf abhalten ließen.

Erstes Ablenkungsmanöver: Es gelang in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai dem DGB, die nächtliche Besetzung des Platzes vor dem „Völkerschlachtdenkmal“ nach einem Musik-Konzert, das etwa 10.000 Menschen besuchten, zu verhindern. Das war ein taktischer Nach-

ten Kämpfe kam es zu üblen abwieglerischen Durchsagen vom Lautsprecherwagen aus. So wurde von diesen Abwiegern betont, man sei ja nicht gegen die Polizei, sondern gegen die Nazis, die Polizei könne auf unserer Seite kämpfen, wenn sie die Uniform ausziehen wür-

Dokumentation

Zu den
Nazi-Morden
in Solingen

- Neonazis ermorden 2 Frauen und 3 Mädchen aus der Türkei
- Der west/deutsche Staatsapparat und die Nazis Hand in Hand
- Protestaktionen gegen den Nazi-Anschlag von Solingen



35 Seiten, 4 DM

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4,
60327 Frankfurt/Main

Inhaltsverzeichnis

Neonazis ermorden 2 Frauen und 3 Mädchen aus der Türkei

Mörderischer Brandanschlag in Solingen
Solingen ist kein Einzelfall!
Weitere Mordversuche und Mordandrohungen

Der west/deutsche Staatsapparat und die Nazis Hand in Hand

Die wahren Brandstifter sitzen in Bonn!
Polizei, Bundesanwaltschaft und die bürgerlichen Medien arbeiten Hand in Hand an der Vertuschung und Verharmlosung des Nazi-Anschlags von Solingen

Protestaktionen gegen den Nazi-Anschlag von Solingen

Die antinazistische Selbsthilfe organisieren!
Widerstandsaktionen vom 29.5. bis zum 7.6. im Überblick

Anhang:
Die Nazi-Morde von Mölln und die Protestaktionen dagegen
Chronologie
Der Nazi-Terror geht weiter: Von rassistischen Anschlägen bis zu Pogromen!

teil, der den Nazis ihren Aufmarsch am 1. Mai erleichterte.

Zweites Ablenkungsmanöver: Am Morgen des 1. Mai startete der DGB aus Gründen der Abwiegerei seine traditionelle 1. Mai-Demonstration mit ca. 5.000 Teilnehmern um 9.00 Uhr von Connewitz aus zur offiziellen DGB-Kundgebung am Marktplatz, also weit weg vom „Völkerschlachtdenkmal“, dem Aufmarschort der Nazis.⁴ Die Opportunisten von PDS und MLPD entlarvten sich, indem sie lediglich an einer Kundgebung des DGB auf dem Leipziger Marktplatz teilnahmen, nicht aber am militanten Kampf gegen die Nazis. Diese Manöver wirkten schon weniger. Die Hälfte der Teilnehmer entfernte sich von der DGB-Kundgebung, um am militanten Kampf gegen die Nazis und die Polizei teilzunehmen.⁵

Drittes Ablenkungsmanöver: Angesichts der militan-

te, usw. Am übelsten war aber, daß behauptet wurde, alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich mit Steinen bewaffnen, seien Provokateure, denen man das Handwerk legen müsse. Solche Durchsagen stießen jedoch auf heftige Proteste, mehrere Menschen protestierten direkt am Lautsprecherwagen gegen diese verleumderischen und pazifistischen Durchsagen, die so - auch angesichts der Schlägertrupps der Polizei - keine durchschlagende Wirkung auf die militanten antifaschistischen Kräfte hatten.

Doch sowohl der massive Polizeiterror als auch diese und andere Abwiegemanöver konnten den militanten Kampf nicht verhindern:

Zunächst gelang es der Polizei verschiedene Demonstrationzüge der antinazistischen Kräfte am Vormittag zu spalten und teilweise sogar zu zerstreuen. Doch immer wieder formierten sich neue kämpferische Demonstrationzüge auf dem Weg zur Nazi-Kundgebung am „Völkerschlachtdenkmal“.

Immer wieder griffen die verstreuten Gruppen von mehreren hundert bis mehreren tausend Nazigegnerinnen und Nazigegnern die Polizeisperren militant an, die diese daran hin-



Von militanten Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf gegen die Polizei errichtete brennende Barrikaden

Argumentieren, wo möglich, zuschlagen, wo nötig!

Angesichts des alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Notwehr und der militante Kampf gegen die Nazi-Banden im Vordergrund. Mit Geschwätz und guten Worten, „Betroffenheit“ weit ab von den Nazi-Überfällen läßt sich gar nichts ändern. Abwiegelei mit der Phrase „bloß keine Gewalt“ sowie die reaktionäre Berichterstattung in den bürgerlichen Medien über erfolgreiche Anti-Nazi-Gegenwehr demokratischer und revolutionärer Kräfte sind gleichermaßen große Gefahren. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden. Gegenüber Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln, mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden. Mit aller Kraft, überall, wo die Nazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen den Nazi-Terror organisiert werden!

Doch das allein reicht eben nicht. Überall wo Kämpfe gegen die Nazis geführt werden, zeigt sich recht bald, daß es auch notwendig ist, sich mit ihren dreckigen Argumenten, ihrer faschistischen Ideologie vom „Recht des Stärkeren“ auseinanderzusetzen und sie zu bekämpfen. Dabei ist entscheidend: Die Ideologie der heutigen Nazi-Bewegung hat ihre Wurzeln in dem ganzen System der Nazi-Ideologie, die zwischen 1933 und 1945 offizielle Staatsdoktrin in Deutschland war und millionenfach verbreitet wurde. Bis heute sind deutliche Spuren der Nazi-Ideologie in den Köpfen großer Teile der deutschen Bevölkerung zu finden. Aber

auch das greift noch zu kurz. So wie der Nazifaschismus nur eine bestimmte **Form** der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals, des deutschen Imperialismus war, nämlich seine „offen terroristische Diktatur“, so ist die Nazi-Ideologie im Grunde nur die ins Extreme gesteigerte Ideologie der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus: deutscher Chauvinismus - Rassismus - Antisemitismus - Antiziganismus - Antikommunismus.

Und so wie der deutsche Imperialismus die Kontinuität, die ungebrochene Tradition des Nazifaschismus verkörpert, herrscht seine verbrecherische Ideologie ebenso ungebrochen in allen Lebensbereichen - auch in den Köpfen der Masse der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Wer also einen wirklich konsequenten Kampf gegen die Nazis heute führen will, einen Kampf, der radikal ist, an die Wurzeln geht, der muß auch den deutschen Imperialismus selbst und seine Ideologie bekämpfen!

Deshalb geht es auch darum, in der Anti-Nazi-Bewegung wo immer möglich weitergehende Diskussionen zu führen über den revolutionären Kampf zum Sturz der deutschen Bourgeoisie in der proletarischen Revolution, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats über die gestürzte Bourgeoisie, ihre Nazis und sämtliche Reaktionäre als Instrument zur Vernichtung des Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus!

dern sollten, bis zum Denkmal vorzudringen. An vielen Stellen in Leipzig (vor allem in den Stadtteilen Stötteritz, Thonberg und Marienbrunn)⁶ wurden Barrikaden errichtet und teilweise angezündet, wurden Polizeisperren mit Steinen, Flaschen Leuchtsputzmunition und Feuerwerkskörpern angegriffen und oftmals auch durchbrochen, trotz Einsatzes von Wasserwerfern und Tränengas.

Am Nachmittag gelang es den meisten der in Leipzig anwesenden Nazigegnerinnen und Nazigegnern, sich auf der Prager Straße, in Sichtweite des Denkmals, zu versammeln. Am Denkmal hing, wie im Vorjahr, ein großes Transparent mit der Aufschrift „Nie wieder Faschismus“. Der Weg zum Denkmal war auf der Höhe des alten Messegeländes durch mehrere Polizeiketten und Wasserwerfer versperrt. Noch kurz bevor die Mehrheit der Gegendemonstranten dort eintraf, hatte die Polizei einem verirrt Nazibus den Weg durch die Gegenkundgebung freigeprügelt.

Mit den nun anwesenden 4.000 bis 5.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten konnte die Kreuzung vollständig blockiert werden.

Bald darauf kam die Meldung, daß die Busse der Nazis durch das Osttor der alten Messe den Heimweg antraten. Nahezu alle Teilnehmer der Straßenblockade machten sich daraufhin auf den Weg zum Osttor, wo es erneut zu militanten Angriffen gegen die Nazis und gegen die Polizei, die die Nazis schützte, kam. Wie schon in der Nacht zum 1. Mai wurden auch nach dem Ende der Nazikundgebung immer wieder

Nazi-Busse, -PKW und einzelne Nazigruppen angegriffen.

Dritte Etappe: Polizeiterrror und Pressehetze nach der Anti-Nazi-Demonstration

Auf dem Rückweg von Leipzig nach Berlin wurden mehrere Busse gestoppt und 174 Leute festgenommen. Die Berliner Antifaschistinnen und Antifaschisten wollten nach den Demonstrationen in Leipzig am Abend noch an einer der revolutionären 1. Mai-Demonstrationen in Berlin teilnehmen. Zum Teil wurden sogar Leute, die es ohne Behinderungen durch die Polizei von Leipzig nach Berlin geschafft hatten, aus S-Bahnzügen heraus festgenommen. Nachdem die Demonstration in Berlin nach massiven Angriffen der Polizei für aufgelöst erklärt wurde, kam es auch in Berlin zu militanten Kämpfen. Im Laufe der Nacht wurden über 400 weitere Menschen festgenommen.

Die Polizei meldete am Abend des 1. Mai mehr als 90 in Leipzig verhaf-

tet Antifaschistinnen und Antifaschisten. Gegen acht von ihnen wurden Haftbefehle wegen „Landfriedensbruch“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ erlassen.⁷

Die bürgerliche Presse einigte sich auf die staatsoffizielle Doktrin, daß Nazis dasselbe seien wie Anti-Nazi-Demonstranten, „Links“ dasselbe wie „Rechts“, mit der altbekannten Konsequenz: Samthandschuhe für die Nazis, Justiz- und Polizei-Terror gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Militanter Kampf gegen die Nazis und weitergehende Perspektiven

So wichtig und unerläßlich der militante Kampf gegen die Nazis ist, er ist nicht der einzige: Unerläßlich bleibt es, über Ursachen des Nazismus und Perspektiven des Kampfes gegen seine Wurzeln zu diskutieren und Klarheit über Perspektiven des Kampfes gegen dieses Gesellschaftssystem, gegen den deutschen Imperialismus zu gewinnen.

Die Realität einer nazistischen Massenbewegung zeigt dabei, daß der Bürgerkrieg vorprogrammiert ist: Der Kampf für Sozialismus und Kommunismus wird nicht ein Kampf von 99,9% gegen 0,1% sein. Auch wenn es in langwierigen und schwierigen Kämpfen gelingen wird, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf gegen Nazismus und Kapitalismus zu gewinnen, für den revolutionären Kampf zu mobilisieren, werden die Kräfte der Konterrevolution nicht nur aus Bundeswehr, Polizei, Justiz und Presse bestehen. Es ist absehbar, daß auch eine nazifaschistische Massenbewegung in allen Phasen des Kampfes eine wichtige und blutige Waffe der Konterrevolution sein wird.

Schon heute wird sichtbar, daß die Nazi-Organisationen in für viele Illusionisten unvorstellbarem Umfang Waffen und Munition aller Art gebunkert haben, Übungen durchführen, ihre Kader in Bundeswehr und Polizei militärisch ausgebildet wurden und werden. Es ist für die Nazis nur eine taktische Frage, wann



Wasserwerferangriff gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten

Dokumentation der Beilage des beschlagnahmten Flugblatts 5/99 von GEGEN DIE STRÖMUNG:

Kommunistische Positionen zum reaktionären „Völkerschlachtdenkmal“

„Das erste, was die Deutschen in ihrer Revolution zu tun haben, ist, mit ihrer ganzen schimpflichen Vergangenheit zu brechen“ (Friedrich Engels, 1848)¹

Die Medien des deutschen Imperialismus sind sich weitgehend einig: Das „Völkerschlachtdenkmal“ gehört zum „positiven Erbe“ der deutschen Geschichte, die Nazis würden dieses Symbol angeblich nur „mißbrauchen“ - so heißt es. In Wirklichkeit diene und diene die „Erinnerung an die heroischen nationalen Befreiungskriege“ den Ideologen, Politikern und Pädagogen der Reaktion und des Imperialismus in Deutschland von jeher für ihre reaktionären Zwecke, für die Schürung von deutschem Chauvinismus.

Die Nazis planen nun schon Jahr für Jahr ihren Aufmarsch zum 1. Mai vor dem sogenannten „Völkerschlachtdenkmal“ in Leipzig. Das ist kein Zufall. Dieses Denkmal ist mehr als ein Symbol für den deutschen Militarismus und Nationalismus, es ist ein Bindeglied zwischen allen reaktionären Abteilungen in der Geschichte Deutschlands bis heute. Es soll an den Sieg der Armeen Preußens und ihrer Verbündeten gegen die napoleonische Armee in einer Schlacht bei Leipzig vom 16.-19. Oktober 1813 „erinnern“. Nach dieser Schlacht waren die napoleonischen Armeen entscheidend geschlagen und mußten sich aus den deutschen Staaten zurückziehen.

Die Nazis stellen ganz bewußt ihren „nationalen Widerstand gegen alles Un-deutsche“ in die Tradition der sogenannten „Befreiungskriege“ gegen das napoleonische Frankreich 1811-13.

Es zeigt sich aber auch, daß die von Revisionismus und Nationalismus befallene SED schon Anfang der 50er Jahre im Zusammenhang mit ihrer falschen Linie „des nationalen Befreiungskampfes gegen die USA“ mit der nationalistischen Verklärung der sogenannten „Befreiungskriege gegen Napoleon“ begann und diese nach ihrer vollständigen revisionistischen Versumpfung ab Mitte der 50er Jahre weiter steigerte und ausbaute.

Um im ideologischen Kampf gegen den deutschen Nationalismus und Chauvinismus an all diesen Fronten bestehen zu können, ist es unerläßlich die reaktionäre Tradition dieses Denkmals zu entlarven, die kommunistische Position zu den sogenannten „Befreiungskriegen“ herauszuarbeiten, und auch die nationalistischen Positionen der noch revolutionären SED sowie der revisionistischen SED zu diesem Punkt zu kritisieren bzw. zu bekämpfen.

Zur ungebrochenen reaktionären Rolle und Tradition des „Völkerschlachtdenkmal“

Schon der Name dieses Denkmals fälscht bewußt die Wirklichkeit. An der militärischen Schlacht bei Leipzig im Oktober 1813 waren nahezu ausschließlich die Armeen Preußens und seiner Verbündeten auf der einen Seite sowie die napoleonische Armee auf der anderen Seite beteiligt. Es war also keineswegs ein berechtigter Kampf deutscher werktätiger Massen gegen Napoleons Erobererarmee, eine „Völkerschlacht“, sondern eben ein Kampf der reaktionären Armeen Preußens etc. gegen eine andere reaktionäre Macht, die napoleonische Armee.

Einer der ersten, der die Errichtung eines „Völkerschlachtdenkmal“ vorschlug, war **Arndt**, Antisemit und Einpeitscher des deutschen Nationalismus und Chauvinismus „gegen alles Französische“ während der sogenannten „Befreiungskriege“, der damit das „Deutschtum“ ehren wollte. In den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts setzte sich der chauvinistische und reaktionäre „Deutsche Patriotenbund“ vehement für die Errichtung des Denkmals ein, bis schließlich 1898 im Auftrag von **Wilhelm II.** mit dem Bau begonnen wurde.² 1913 wurde das Denkmal mit einer riesigen chauvinistischen, militaristischen und imperialistischen Feier mit Kaiser, Militär und Aufmärschen reaktionärer „Vereine“ und militaristischer Verbände „eingeweiht“.³ Diese Feier war Teil der ideologischen Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus, der dann 1914 den Ersten Weltkrieg, einen von allen imperialistischen Mächten geführten reaktionären, imperialistischen Krieg auslöste.

Die **Nazifaschisten** begannen vor allem mit der sich abzeichnenden militärischen Niederlage nach der Schlacht um Stalingrad 1943 immer häufiger, die sogenannten „Befreiungskriege“, die „Völkerschlacht“ von 1813 propagandistisch einzusetzen, um „die nationale Einheit gegen die fremden Eindringlinge“ bis zum „Endsieg“ zu beschwören. Insbesondere der Nazi-Film „Kolberg“, der die erfolgreiche

Verteidigung der preußischen Festung Kolberg gegen die napoleonische Armee als Thema hatte, sowie auch öffentliche Parteaufmärsche und Militärparaden vor dem „Völkerschlachtdenkmal“, waren Mittel der Nazis, um das deutsche Volk immer enger an sich zu ketten.

Nach der Einverleibung der DDR 1990 wurde das „Völkerschlachtdenkmal“ wie auch die anderen reaktionären Symbole und Denkmäler von den Ideologen und Politikern des deutschen Imperialismus hoch offiziell wieder in ihre Reihe der „Denkmäler und Symbole Deutschlands“ aufgenommen.

Es steht also fest: Dieses Denkmal war und ist ein Symbol der Reaktion, des deutschen Imperialismus und seiner Nazis.

Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf Deutschland und die sogenannten „Befreiungskriege“ gegen das napoleonische Frankreich 1811-13

Die Französische Revolution am Ausgang des 18. Jahrhunderts, die mit aller Entschiedenheit die feudalen Einrichtungen und Zustände hinwegfegte und auch in Deutschland einen Widerhall auslöste, stieß auf den wildesten Haß und den erbittertesten Widerstand des reaktionären Preußentums und der herrschenden Klassen der anderen deutschen Staaten. Das deutsche Volk erhob sich jedoch nicht zum entschiedenen Kampf. Der jahrhundertealte Druck der feudalen Hörigkeit, die ökonomische und politi-

sche Rückständigkeit hatten die Volksmassen der deutschen Staaten, namentlich die Bauernschaft, unfähig gemacht zu einer großen revolutionären Aktion. Das Proletariat war erst im Entstehen begriffen und konnte noch keine führende Rolle spielen.

Von den führenden Männern der deutschen Bourgeoisie und Intelligenz wurde die Französische Revolution zunächst enthusiastisch begrüßt. Aber diese Begeisterung war, wie Engels feststellte, „von deutscher Art“, „sie sollte nur den Theorien der französischen Revolutionäre gelten“ („Deutsche Zustände I“, 1845, Marx/Engels Werke Band 2, S. 567). Als die französische Revolution jedoch in der Tat zur entschiedenen Abrechnung mit den Kräften des Feudalismus schritt, „da verwandelte sich diese Begeisterung Deutschlands in einen fanatischen Haß gegen die Revolution.“ (ebenda, S. 568). Deutschland unterstützte die auf seinem Territorium gebildeten konterrevolutionären Abteilungen französischer Adliger und anderer Reaktionäre, die aus Frankreich geflüchtet waren. Preußen übernahm wieder seine Rolle als Gendarm, diesmal dem revolutionären Frankreich gegenüber.

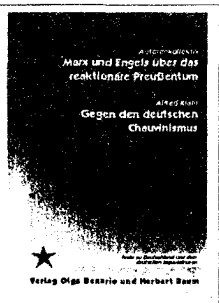
Die Kriege Preußens und der anderen reaktionären Mächte Europas gegen die französische Republik in den Jahren 1790 bis 1806 endeten mit dem Sieg Frankreichs. Die vernichtende Niederlage der preußischen Armee bei Jena (1806) deckte die ganze Fäulnis des preußischen Staatssystems auf. Bei einem anderen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte Deutschlands, bei größerer revolutionärer Energie und Initiative hätten die Volksmassen die Niederlage von Jena als Ausgangspunkt zu einer allgemeinen revolutionären Volksaktion, zum Sturz der feudal-absolutistischen Reaktion, zur Zerschlagung des preußischen Staats, zur Schaffung eines demokratischen und geeinten Deutschlands ausnutzen können. Doch das deutsche Volk ging nicht diesen Weg. Dagegen nutzte das reaktionäre Preußentum und die übrige feudalistische Reaktion in Deutschland die innere wie internationale Situation geschickt aus, um ihre feudal-absolutistische Macht zu restaurieren.

Die internationale Situation war zur damaligen Zeit davon gekennzeichnet, daß der Krieg in Deutschland gegen Napoleon Teil eines viel umfassenderen Krieges von Spanien bis Rußland gegen Napoleon war.⁴

Da Napoleon, der Repräsentant der französischen Großbourgeoisie, der mit seinen Armeen auch die deutschen Staaten besetzt hatte, die deutsche Bevölkerung durch enorme Kontributionen und maßlos hohe Steuern ausplünderte und das Französische zur Amtssprache zu machen suchte, steigerte sich der Haß auch in breiten Teilen der werktätigen Bevölkerung gegen die französischen Eroberer immer mehr. Außerdem zwang Napoleon die jungen Männer Preußens und anderer Gebiete in seinem Herrschaftsbereich zur Teilnahme am Krieg gegen andere Völker.

In dem Widerstand und Kampf der Volksmassen gegen die französische Herrschaft waren in Deutschland nach den Jahrhunderten der politischen Apathie und Passivität auch Elemente und Anfänge eines demokratisch-oppositionellen Bewußtseins entstanden, es gab einen Aufschwung der Aktivität der Massen. Doch dem reaktionären Preußentum gelang es sehr rasch weitgehend, die Unzufriedenheit breiter Massen für seine reaktionären Ziele auszunutzen und sich ganz schnell an die Spitze ihres Kampfes zu

Autorenkollektiv
Marx und Engels
über das reaktionäre
Preußentum
Alfred Klahr
Gegen den
deutschen
Chauvinismus
ca. 130 Seiten, 10 DM
Zu bestellen bei:
Verlag Olga Benario
und Herbert Baum
Vertriebsadresse:
VKS GmbH
Postfach 102051
63020 Offenbach



setzen. Unter dem Druck der napoleonischen Herrschaft war der preußische Staat 1807 bis 1811 zu bürgerlichen Reformen gezwungen (Aufhebung der Erbuntertänigkeit, teilweise Aufhebung der Standesprivilegien, Einführung einer Städteordnung, Heeresreform), aber diese Maßnahmen gab dem reaktionären Preußentum wieder das Heft in die Hand. Das reaktionäre Preußentum und seine Ideologen schürten übelste nationalistische Hetze gegen die „gottlosen Franzosen“ und verbreiteten das ideologische Gift der Deutschtümelei, womit es ihnen gelang den Groll und Zorn der Bevölkerungsmassen auf die französischen Eroberer abzulenkten.

Gegen alle nationalistischen Verklärungen der sogenannten „Befreiungskriege“ muß klargestellt werden, daß weder die militärische Führung, die vorherrschende Ideologie noch das Ergebnis dieses Krieges den Begriff „nationale Befreiungskriege“ rechtfertigen. Es gab keinen Bruch mit dem verfluchten preußischen Untertanengeist, das Ergebnis der sogenannten „Befreiungskriege“ war die Restauration und Stärkung der feudal-reaktionären Mächte, die Zementierung der „deutschen Zustände“, der Triumph der politischen Reaktion (Wiener Kongreß 1815). Daher schrieb Engels:

„Der ‚glorreiche Befreiungskrieg‘ von 1813/14 und 1815, die ‚glorreichste Periode der deutschen Geschichte‘ etc., wie sie genannt worden ist, war ein Wahnsinn, der jedem ehrlichen und intelligenten Deutschen noch manches künftige Jahr das Blut in die Wangen treiben wird.“

(Engels, Deutsche Zustände I, 1845, Marx/Engels Werke Band 2, S. 569/570)

Die nationalistische Verklärung der sogenannten „Befreiungskriege“ durch die SED Anfang der 50er Jahre

Die SED hatte seit ihrer Gründung 1946 auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens im Kampf für die Vernichtung der Überreste des Nazi-Faschismus auf politischem und ökonomischem Gebiet wichtige Erfolge errungen. Sie verstand sich als Teil der kommunistischen Weltbewegung. 1950 wurde von allen demokratischen und revolutionären Kräften der Welt die Demontage des Denkmals von Friedrich des II., einem Symbol des reaktionären Preußentums, in Berlin (DDR) begrüßt.

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juni 1952 gab Ulbricht, Generalsekretär des ZK der SED, das Startsignal für eine andere Linie:

„daß solche geschichtlichen Persönlichkeiten, die große Verdienste im Kampf um die Einheit Deutschlands haben wie Schamhorst, Fichte, Gneisenau, Jahn, in ihrer historischen Bedeutung dargestellt werden müssen. Das Studium des Befreiungskrieges 1813 wird die interessantesten geschichtlichen Tatsachen ans Licht bringen.“⁵

Ein theoretischer Hintergrund für deutsch-nationalistische Positionen der SED ist die ganz falsche Parallele der Situation nach 1945 zu der von 1812/13. Es ging angeblich in beiden Situationen um den „nationalen Kampf um die Einheit Deutschlands“ gegen einen „ausländischen Eroberer“ (nach 1945 eben die USA!) - wie die SED propagierte.⁶ Dies wurde als Vorwand genommen, um - mit verschiedenen Äußerungen bei Marx, Engels und Lenin über die Kriege gegen Napoleon spekulierend - die grundlegenden Kritiken von Marx und Engels an den führenden reaktionären Ideologen der sogenannten „Be-

freiungskriege“ zu unterschlagen bzw. zu verfälschen und diese reaktionären Ideologen in Dutzenden von Broschüren und Artikeln in deuschtümeleischer Weise zu verherrlichen.

Zwei Beispiele: Der Turnwüterich und Rassist Jahn, der 1813 einer der größten Deutschtümler war und zur schlimmsten Hetze gegen „die gottlosen Franzosen“ aufrief,⁷ wird im „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan der SED, als „ein Vorbild für alle Streiter um Freiheit und Recht“ bezeichnet.⁸

Albert Norden, Mitglied des ZK der SED, stellt in seinem nationalistischen Machwerk „Um die Nation“ von 1952 den Antisemiten Arndt⁹ in eine Reihe mit Kommunisten wie Ernst Thälmann und Karl Liebknecht, ja er lobt Arndt, der angeblich ein „unermüdlicher Prediger und Dichter der nationalen Freiheit“ gewesen sei.¹⁰

Im Zusammenhang mit der endgültigen revisionistischen Versumpfung der SED nach dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 wurden diese Positionen verfestigt und immer weiter ausgebaut.

Die angeblich „positive Rolle“ des reaktionären Preußentums 1813 und die offene Verehrung des reaktionären „Völkerschlachtdenkmals“ durch die SED-Revisionisten

In den 70er und 80er Jahren gab es in Berlin (DDR) nicht nur einen Jahn-Platz oder Denkmäler für solche Militaristen wie Blücher und Yorck, hohe Offiziere der reaktionären preußischen Armee 1813 und danach.¹¹ 1986 wurde auch das Denkmal Friedrich des II., das 1950 demontiert worden war,¹² zu seinem 200. Todestag begleitet von einer Militärparade der NVA in Berlin (DDR) wiedererrichtet! Diese Schande der SED-Revisionisten wurde ideologisch schon Ende der 70er Jahre vorbereitet und gerechtfertigt, indem immer häufiger von den „zwei Seiten“ des reaktionären Preußentums, der reaktionären und der angeblich „fortschrittlichen“ Seite, auch im Zusammenhang mit 1813 die Rede war. So heißt es z.B. im theoretischen Organ der SED, der „Einheit“ 1979:

„...weshalb Preußen im Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft zu einem Zentrum des nationalen Widerstandes wurde und während des Befreiungskrieges 1813 eine historisch positive Rolle spielen konnte.“¹³

1813 spielte Preußen, also auch der preußische Staat eine „historisch positive Rolle“... die SED-Revisionisten ließen hier auch die letzten Hemmungen fallen. Ganz auf dieser Linie lag dann auch der offizielle DDR-„Denkmalführer“ der Stadt Leipzig zum „Völkerschlachtdenkmal“, wo es heißt:

„In unseren Tagen ist das Völkerschlachtdenkmal mehr denn je zum Mahnmal geworden. Unzähligen Deutschen vermittelt die Beschäftigung mit dem nationalen Befreiungskampf von einst das politische Rüstzeug für heute... Die Stätten, wo einst russische und deutsche Soldaten gemeinsam ihr Blut für die Freiheit vergossen, sind geweiht. Die Deutsche Demokratische Republik ehrt und schützt diese Stätten.“¹⁴

Das reaktionäre „Völkerschlachtdenkmal“ wird „geehrt und geschützt“ und wird faktisch gleichgesetzt mit den antinazistischen Mahnmälen für die Nazi-Verbrechen, die Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre in der SBZ bzw. DDR für die von der Nazi-Wehrmacht und SS ermordeten Rotarmisten errichtet wurden. Gemäß dieser ideologischen Linie wurden in dieser Zeitspanne der DDR auch Vereidi-

gungen von Soldaten der NVA sowie „Fahnenweihen“ bei diversen Turn- und Sportfesten vor dem „Völkerschlachtdenkmal“ durchgeführt.¹⁵

☆☆☆

Es ist verblüffend und erschreckend zugleich: Das von den heutigen Nazis favorisierte „Völkerschlachtdenkmal“ ist ein Kristallisationspunkt aller Varianten des deutschen Nationalismus - die sich von rechts bis scheinbar „links“ an einem Punkt gegen den proletarischen Internationalismus gerichtet einig sind: „Deutschland über alles“. Der ideologische Kampf zur Klärung aller zentralen Fragen der deutschen Geschichte muß ein Baustein sein im Kampf für die möglichst vollständige Widerlegung der reaktionären deutschen Geschichtsmythen, gegen die „deutsche Ideologie“ überhaupt.

Fußnoten

¹ Engels, „Die Vereinbarungssitzung vom 17. Juni“, 1848, Marx/Engels Werke Band 5, S. 87

² Wallfahrtsstätten der Nation, Hrsg. Hans-Jürgen Koch, Frankfurt/Main 1986, S. 117-119

³ ebenda, S. 119/120

⁴ In der Akzentsetzung der verschiedenen Äußerungen von Marx, Engels und Lenin zu den Kriegen gegen das napoleonische Frankreich gibt es gewichtige Unterschiede, die diskutiert werden müssen. Dabei kommt es vor allem darauf an die Schriften und Äußerungen der Klassiker im Zusammenhang, in ihrer Entwicklung, in der jeweils betreffenden historischen Epoche als Ergebnis des Kampfes gegen den jeweils vorherrschenden Revisionismus bewußt zu studieren und zu verstehen; bestimmte Äußerungen und Formulierungen sind nur verständlich in Kenntnis der Polemik, innerhalb derer sie verwendet werden. Die schon vorhandenen umfangreichen Vorarbeiten zu diesem Thema sollen in absehbarer Zeit in der Form eines Schulungsbriefes zur deutschen Geschichte veröffentlicht werden.

⁵ zitiert nach: Albert Norden: Das Banner von 1813, Berlin 1952, S. 5

⁶ Siehe z.B.: Albert Norden, Das Banner von 1813, Berlin 1952, S. 52

⁷ Jahn's Deutschtümelei benutzte schon einen rassistischen Ansatz bei der Definition seines „Deutschen Volkstums“, der zu einer Quelle des nazistischen Rassismus wurde:

„Mischlinge von Tieren haben keine echte Fortpflanzungskraft und ebensowenig Blendlingsvölker ein eigenes volkstümliches Fortleben... das Immerwieder-Überpfropfen taugt nicht in der Baumschule und in der Völkerrucht noch weit weniger.“

(F.L. Jahn, Deutsches Volkstum, 1806, zitiert nach: Meyers Volksbücher 1896, S. 32/33)

⁸ Fritz Lange, F.W. Jahn, S. 5, erschienen auch im „Neuen Deutschland“, 9.6.1952

⁹ Arndts deutscher Chauvinismus hatte auch einen rassistischen Antisemitismus, der eine Quelle des nazistischen Antisemitismus darstellte, zur Grundlage. Er schrieb 1814:

„Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein, und darum will ich nicht, daß sie auf eine ungebührliche Weise in Deutschland vermehrt werden. Ich will es aber auch deswegen nicht, weil sie ein durchaus fremdes Volk sind und weil ich den germanischen Stamm so sehr als möglich von fremdartigen Bestandteilen rein zu halten wünsche.“

(E.M. Arndt, Ein Blick aus der Zeit auf die Zeit, 1814, zitiert nach: Graph von Westphalen, Geschichte des Antisemitismus, S. 15)

¹⁰ Albert Norden, „Um die Nation“, Berlin 1952, S. 261 bzw. S. 31

¹¹ Zitiert nach: H. Meier / W. Schmidt: Erbe und Tradition, Köln 1989, S. 75

¹² Anstatt 1950 dieses Symbol des reaktionären Preußentums zu schleifen, in die Luft zu sprengen als Bestandteil des Bruchs mit der ganzen „schimpflichen Vergangenheit“ (Engels)... stattdessen hat die SED das Denkmal Friedrichs des II. eben nur demontiert und aufbewahrt. Dies zeigt, daß schon 1950 bei der Demontage im Zusammenhang mit der immer wieder von der SED wiederholten falschen Parole von der „Pflege des deutschen Kulturerbes“ die Vorstellung dahinter stehen mußte, daß dieses Denkmal eben doch als „erhaltenswert“ galt.

¹³ „Einheit“, 34, 1979, zitiert nach: H. Meier / W. Schmidt: Erbe und Tradition, Köln 1989, S. 123

¹⁴ zitiert nach: Wallfahrtsstätten der Nation, Hrsg. H.-J. Koch, Frankfurt/Main 1986, S. 122

¹⁵ Leipziger Volkszeitung, 2./3. Mai 1998, S. 3

Anklageschrift

(Antrag auf Eröffnung des Verfahrens):

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht

Frankfurt/Main, 31.03.1999

- 50 Js 28518.3/98 -

Pressesache, eilt sehr!

An das
Amtsgericht
- Strafrichter -

in Frankfurt/Main

ANKLAGESCHRIFT:

Bl.105

Der Albert ODENTHAL,
geboren am 13.09.1928 in Köln,
wohnhaft [REDACTED],
Deutscher,

Bl.111

Wahlverteidiger:
Rechtsanwalt
Armin Golzem,
Seilerstraße 12,
60313 Frankfurt/Main,
Gerichtsfach 274,

Bl.112

- Vollmacht bei den Akten -,

wird angeklagt,

im Mai 1998

in Frankfurt/Main
und anderen Orten

eine rechtswidrige Tat, nachdem sie begangen worden war,
nämlich die Beteiligung an Gewalttätigkeiten gegen Men-
schen und Sachen, die aus einer Menschenmenge in einer
die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit ver-
einten Kräften begangen wurde, bei der andere Waffen bei
sich geführt wurden, um diese bei der Tat zu verwenden,

- 2 -

durch Verbreitung von Schriften in einer Weise gebilligt zu haben, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Am 01.05.1998 veranstaltete die NPD eine Kundgebung in Leipzig, an der circa 5.000 Personen teilnahmen. Hiergegen hatten verschiedene Veranstalter zu Gegendemonstrationen aufgerufen, u. a. eine Bündnisdemonstration unter dem Motto "Aufruf zu Gegenaktivitäten gegen den Naziaufmarsch am ersten Mai in Leipzig", an denen ebenfalls mehrere tausend Personen teilnahmen. Unmittelbar vor Beginn der NPD-Kundgebung um 11.30 Uhr kam es im Bereich des Veranstaltungsortes Völkerschlachtdenkmal zu Auseinandersetzungen zwischen linken Autonomen und der Polizei. Dabei wurden Polizeibeamte und deren Einsatzfahrzeuge mit Steinen beworfen. Die Polizei setzte daraufhin Wasserwerfer und Schlagstock ein und drängte ca. 5.000 Teilnehmer der Gegenkundgebung in die angrenzenden Straßen zurück. Dort errichteten die Störer Barrikaden aus umgeworfenen Autos, Müllcontainern und Baumaterialien, die zum Teil in Brand gesetzt wurden. Ferner wurden aus der Menge der Demonstranten Fensterscheiben von Wohnhäusern, abgestellte Kraftfahrzeuge von Anwohnern, Reisebusse, Grundstücksumfriedungen und Verkehrsleiteinrichtungen beschädigt. Immer wieder versuchten mehrere Gruppen von linken Gegendemonstranten die Absperrungen der Polizei zu durchdringen, um in den Versammlungsraum der NPD-Kundgebung vorzudringen. Auch dabei wurden die eingesetzten Polizeibeamten aus der circa 150 bis 200 Personen umfassenden Gruppe massiv mit Steinen beworfen, wobei Polizeibeamte Verletzungen erlitten.

Der Angeschuldigte verfaßte und verbreitete als Verantwortlicher Inhaber des Buchladens "Georgi Dimitroff" in Koblenzer Straße 4 in Frankfurt/Main die Druckschrift "Gegen die Strömung" Nr. 5/98. Die in nicht bekannter Auflagenhöhe auf dem in seinem Buchladen befindlichen Kopierautomat der Marke "Toshiba" Nr. 2510 hergestellte

- 3 -

Druckschrift kam im gesamten Bundesgebiet zur Verbreitung. Ferner lag sie in den von dem Angeschuldigten betriebenen Geschäften in Frankfurt/Main und Berlin aus, wo am 16.01.1999 271 bzw. 427 Exemplare sichergestellt werden konnten. Unter der Überschrift "Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!" berichtete der Angeschuldigte in dieser Druckschrift über die gewalttätigen Ausschreitungen am 01.05.1998 in Leipzig. Im einzelnen heißt es darin unter anderem:

"Schon während der Anreise gelang es einigen Antifaschistinnen und Antifaschisten kleine Gruppen von Nazis anzugreifen und aufzulösen"..

"Es war von großer Bedeutung, daß die Anti-Nazi-Kräfte sich auch von drei Abwiegelungsmanövern nicht von ihrem Kampf abhalten ließen".

"Immer wieder griffen die verstreuten Gruppen von mehreren hundert bis mehreren tausend Nazigegnerinnen und Nazigegnern die Polizeisperren militant an, die diese daran hindern sollten, bis zum Denkmal vorzudringen. An vielen Stellen in Leipzig ... wurden Barrikaden errichtet, wurden Polizeisperren mit Steinen, Flaschen, Leuchtspurmunition und Feuerwerkskörpern angegriffen und oftmals auch durchbrochen, trotz Einsatzes von Wasserwerfern und Tränengas".

"So wichtig und unerläßlich der militante Kampf gegen die Nazis ist, ..."

"Auch wenn es in langwierigen und schwierigen Kämpfen gelingen wird, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf zu gewinnen, für den revolutionären Kampf zu mobilisieren, ..."

- 4 -

Der Bericht endet mit dem deutlich hervorgehobenen Aufruf:

"Den Kampf gegen die Nazis auf der Straße und gegen ihre Ideologie führen!"

"Doppelt und dreifach zurückschlagen!"

Dem Text der Druckschrift sind Fotos eingegliedert, welche die gewalttätigen Auseinandersetzungen darstellen. Auf der Fotografie der ersten Seite ist eine Person abgebildet, die von dem Text als militanter Antifaschist, im Kampf gegen die Polizei befindlich, bezeichnet wird. Diese Person ist in ihrer Darstellung erkennbar dabei, einen Pflasterstein in Richtung Wasserwerfer zu werfen.

Vergehen, strafbar gemäß

§§ 140 Nr. 2, 126 Abs. 1 Nr. 1, 125 Abs. 1 Nr. 1, 125 a Satz 1 und 2 Nr. 2, 74, 74 d Strafgesetzbuch.

Die sichergestellten Druckschriften "Gegen die Strömung" Nr. 5/98 sowie die Satz-, Druck- und Kopiervorlagen hierfür und der Fotokopierautomat "Toshiba" Nr. 2510 unterliegen der Einziehung.

Beweismittel:

I. Zeugen:

Bl.65

1. KOK Aretz,
zu laden über das
Polizeipräsidium Frankfurt/Main,
- DZKB - K 41 -,
zu ZK-Nr.: 47391/98,

Bl.66

2. 

- 5 -

- | | | |
|--------|----|---|
| Bl. 96 | 3. | KK Winks,
zu laden über das
Polizeipräsidium Berlin,
- LKA 5123 -,
zu ZK-Nr.: 981215/4186-0, |
| Bl. 21 | 4. | KHK Nemitz,
zu laden über die
Polizeidirektion Leipzig
- Dezernat Staatsschutz -
04006 Leipzig. |

II. Urkunden:

- | | | |
|--------|----|--|
| Bl.103 | 1. | Erweiterte Auskunft aus dem Gewerberegister der Stadt Frankfurt/Main vom 27.01.1999, |
| Bl.60 | 2. | Kaufvertrag bezüglich des Fotokopierautomaten im Original vom 19.01.1996, |
| Bl.44 | 3. | ein Exemplar der Druckschrift "Gegen die Strömung" Nr. 5/98. |

III. Augenscheinsobjekte:

- | | | |
|----------|----|---|
| Bl.I | 1. | 271 Druckschriften "Gegen die Strömung"
Nr. 5/98, |
| Bl.II | 2. | Satz Druck-/Kopiervorlagen "Gegen die
Strömung" Nr. 5 von 1999,

1. und 2. asserviert unter LdÜ. Nr. 313/99, |
| Bl.IV | 3. | 427 Druckschriften "Gegen die Strömung"
Nr. 5/98, asserviert unter LdÜ. Nr. 862/99, |
| Bl.83,98 | 4. | Lichtbildmappen
anlässlich der Durchsuchungen am 16.01.1999
in Frankfurt und Berlin. |

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen:

- Bl.103 Der Angeschuldigte ist nach Auskunft aus dem Gewerbere-
gister der Stadt Frankfurt/Main seit 01.01.1998 als
Alleininhaber der Buchhandlung und Handel mit Schreib-
waren in Frankfurt/Main in der Koblenzer Straße 4 einge-
tragen.

- 6 -

- Bl.26 In dem Buchladen wird seit Jahren "linksgerichtetes" Propagandamaterial hergestellt und verbreitet. Schwerpunkte der Druckerzeugnisse sind die Themenbereiche "Antifaschismus, Antiimperialismus".
- Wegen des Tatvorwurfs wird auf den Anklagesatz Bezug genommen.
- Bl.72 Am 16.01.1999 durchsuchten Polizeibeamte die Wohnung und die Geschäftsräume des Angeschuldigten in Frankfurt/Main und die Geschäftsräume des Vertriebs für internationale Literatur in Berlin.
- In der Wohnung des Angeschuldigten beschlagnahmte der Zeuge Aretz ein Exemplar der Schrift "Gegen die Strömung", Ausgabe 5/98, im Buchladen "Georgi Dimitroff" 271 Exemplare der besagten Schrift und die zur Herstellung verwendeten Druck- und Kopiervorlagen. Den als Tatmittel verwandten Fotokopierautomat stellte der Zeuge im Buchladen fest und beschlagnahmte ihn durch Belassen vor Ort. Er versiegelte ihn an drei Stellen amtlich gegen unbefugte Benutzung.
- Bl.60,72 Der Fotokopierautomat steht im Eigentum des Angeschuldigten, was sich aus dem Kaufbeleg im Original ergibt.
- Bl.97 In Berlin beschlagnahmte der Zeuge Winks bei der Durchsuchung der Geschäftsräume des Vertriebs für internationale Literatur 427 Exemplare der Druckschrift "Gegen die Strömung" 5/98.
- Bl.67 Im Frankfurter Buchladen "Georgi Dimitroff" fand der Zeuge Aretz im Tresor, den der Zeuge [REDACTED] öffnete, ein DIN A 4 Blatt mit der Überschrift "Posteingang Mai 1998" vor. Darin festgehalten sind, unter dem Absatz mit der Überschrift "Bestellungen/Abos", Bestellungen der Schrift "Gegen die Strömung", die hier abgekürzt als "GDS" bezeichnet wird.
- Bl.66 Der Zeuge [REDACTED] gab sich als Angestellter des Buchladens, auf der Basis einer 630-DM-Beschäftigung, aus.

- 7 -

Bl.56

Auf der letzten Seite der besagten Druckschrift sind weitere Bezugsadressen in Deutschland und der Angeschuldigte als Drucker, herausgeber und verantwortlicher Redakteur auch unter der Geschäftsadresse in Berlin Brunhildstraße 5 aufgeführt.

Bl.66

Bei der Durchsuchung in dem Buchladen des Angeschuldigten öffnete dieser selbst mit einem Schlüssel die Eingangstür und erklärte zuvor auf Anfrage, als alleiniger Geschäftsinhaber für den Buchladen beim Gewerberegister der Stadt Frankfurt eingetragen und verantwortlich zu sein.

Bl.73

Der Angeschuldigte äußerte sich nicht zu den Tatvorwürfen.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren vor dem
Amtsgericht - Strafrichter -
in Frankfurt/Main zu eröffnen.

Claude
Oberstaatsanwalt

/Ad



Beplatziert
[Signature]
Justizangestellte

Hupka, Steffen

Quedlinburg

geb. 1963

Funktionär der → Sozialrevolutionären Arbeiterfront (SrA), Beisitzer der Jungen Nationaldemokraten (JN) Herausgeber der Zeitschrift *Umbruch*

Aktivitäten: Steffen Hupka wird 1983 Mitglied und Kassenwart der → Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten in Hannover und steht in engem Kontakt mit den Jungen Nationaldemokraten. 1984 wird er Mitarbeiter der österreichischen Zeitschrift *Sieg* und Mitglied der → Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige. 1985 tritt er in die → Nationalistische Front (NF) ein. 1986 wird er freier Mitarbeiter der Berliner *Freien Umschau*. Seit 1989 ist er Schriftleiter des NF-Rundbriefes *Aufbruch* und wird Miteigentümer des neuen NF-Hauptquartiers in Detmold-Pivitsheide. 1991 ist er zunächst Bereichsleiter Nord der NF, wird dann kommissarischer Bereichsleiter Ost. 1992 ist er verantwortlich für die Ostland-Initiative der NF. Bei der Spaltung der NF schließt sich Hupka dem Flügel um → Andreas Pohl an, wird von → Meinolf Schönborn aus der NF ausgeschlossen und als Beisitzer in den NF-Vorstand des Pohl-Flügels gewählt. 1993 zieht er nach Quedlinburg und baut dort mit dem Unabhängigen Arbeitskreis und der Harzfront die SrA-Strukturen auf. Seit April 1994 gibt er den *Umbruch* heraus. 1995 wird er Korrespondent in Sachsen-Anhalt für *Junges Franken* und die *Berlin-Brandenburger Zeitung* und ist Redaktionsmitglied von *Einheit und Kampf*. Im Mai 1996 wird er Beisitzer im JN-Bundesvorstand.

Beurteilung: Der ehemalige NF-Führungskader Steffen Hupka koordiniert heute die neofaschistischen Strukturen im Ostharz, die er seit 1993 aufgebaut hat und die als ein Musterbeispiel für die Organisierung der NF-Nachfolge und deren Zusammenarbeit mit anderen Gruppen gelten. Durch das Schulungsorgan *Umbruch* verbreitet er bundesweit ideologische und strukturelle Hinweise für eine sich nach den Organisationsverböten neu formierende neofaschistische Szene. (B)

Jens Mecklenburg (Hrsg.):
Handbuch deutscher Rechtsextremismus,
Berlin 1996, S. 476 f.



Hupka beim Nazi-Aufmarsch am 27. Februar 1999 in Magdeburg (Bild links, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 47, S. 35) **und bei einem Nazi-Aufmarsch in Worms 1996** (Bild rechts, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 36, S. 27).



Gemeinsam gegen den »Volksfeind«

1992 startete die militante Neonazi-Szene das organisationsübergreifende Gemeinschaftsprojekt Anti-Antifa. Maßgeblich initiiert hatte es der GdNF-Kader Christian Worch. Nun hatte das Fußvolk eine konkrete Aufgabe, es setzte ein emsiges Sammeln von Informationen über AntifaschistInnen ein – und über Personen, die sich für eine humanere Ausländerpolitik einsetzten. Wohl ermutigt durch die Pogromwelle 1991/92, nahmen sie nun die liberalen »Inländerfeinde« ins Visier. Die sollten die eigentlich Schuldigen sein an der »Multi-Kulti-Gesellschaft«, wie es im rechten Slang heißt. Erstes Ergebnis war die Broschüre *Der Einblick* mit »Feindlisten«. Über 250 Namen wurden genannt, diesem Personenkreis sollten »unruhige Nächte« bereitet werden, bis hin zum: »endgültig ausschalten«.

Seitdem sind die Anti-Antifa-Aktivitäten in allen Strömungen der militanten Neonazis verankert. Der rechten Basis konnten ein klares Feindbild und eine überschaubare Aufgabe geboten werden und zugleich waren diese Aktivitäten ein wichtiges organisationsübergreifendes Bindeglied für die Szene. Inspiriert hatte die deutschen Neonazis die britische Nazi-Terrortruppe Combat 18, die im Sommer 1992 mit Überfällen auf linke Buchläden und fortschrittliche Einzelpersonen begonnen hatte.

In der November-Ausgabe seines Schulungsblattes *Umbruch* geht Hupka noch einen Schritt weiter. Er ruft auf, Informationen über den »Gegner, d.h. Volksfeind« für ein »Referat Sicherheit« zu sammeln. Objekt seiner Begierde sind nicht nur AntifaschistInnen: »Jeder, der sich gegen die nationale Sache direkt oder indirekt ausspricht, ist Volksfeind.« Ein detailliertes Raster für die zu sammelnden Angaben weist darauf hin, daß die Bespitzelungen zentral erfaßt und verarbeitet werden sollen.

Hupkas Projekt »Referat Sicherheit«, wie auch den *Umbruch* insgesamt, können sich die Kameraden mit Computern zu Hause auf den Bildschirm laden. Das macht das Thule-Netz möglich, ein Zusammenschluß rechtsextremer Mailboxen quer durch die Bundesrepublik. Absicht der Betreiber ist, über eine »befreite Zone« zu verfügen, in der sie ohne staatliche Kontrolle den Austausch zwischen den rechten Gruppen betreiben können. Es ist naheliegend, daß die Thule-Mailboxen auch zur Weitergabe von Anfragen und Angaben im Rahmen der Anti-Antifa genutzt werden.

Jens Mecklenburg (Hrsg.):
AntifaReader,
 Berlin 1996, S. 186 f.

Quedlinburg

Ein Zentrum der neofaschistischen Zellen ist der Nordharz. Dort sind vor allem die *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, die *FAP* mit Schwerpunkt im Kreis Wernigerode und von der *SrA* gesteuerte Zellen aktiv. In Bodenburg (Niedersachsen) und im Ostharz bestanden schon 1993 Kameradschaften der *Direkten Aktion Mittelddeutschland*, Anfang 1993 verstärkte Steffen Hupka diese regionale Struktur. Er schlug sein Quartier in Quedlinburg am Harz auf, wo er eine aufgehetzte und anpolitisierte rechte Jugend vorfand, die im September 1992 eine Woche lang unter den Augen der Polizei das örtliche Flüchtlingsheim attackierte. Seitdem ist die von der UNESCO zum »kulturellen Erbe der Menschheit« erhobene Stadt quasi »ausländerfrei«, abgesehen von den Touristen. Bei einer antifaschistischen Demonstration im Januar 1995 wurde die Situation in der Stadt und besonders die Person Hupka angeprangert. Bis dahin wirkte er ein Jahr lang unbemerkt von der antifaschistischen Öffentlichkeit. Nach der offiziellen Selbstauflösung der *JF* wurde der *Harzer Heimatschutz (HHS)* gegründet, dessen Grundsatzprogramm mit dem alten *NF*-Programm identisch ist. Öffentlich tritt der *HHS* im Zusammenhang mit dem *Unabhängigen Arbeitskreis (UAK)* auf, der unter der Regie Hupkas steht. An dessen Aktivitäten nahmen anscheinend nicht nur neofaschistische Jugendliche teil. Die *junge Welt* vom 12.1.1995 meldete, daß Augenzeugen auch das Mitglied der örtlichen *FDP*, *Wolfgang Symm*, beim Verteilen von Flugblättern des *UAK* gesehen hätten.¹⁴ Der *UAK* wurde Teil der regionalen Struktur mit dem Namen *Harzfront*. Die *Harzfront* ist genau wie der *Deutsche Freundeskreis Nordharz (DFN)* ein überparteilicher Zusammenschluß. An den Stammtischen des *DFN* nehmen, laut Selbstdarstellung, Mitglieder der *Republikaner*, der *NPD*, der *DVU* und der *Deutschen Liga* teil. Aus der Kleinstadt Ilsenburg am Harz werden die Zeitung *Nordharz-Info Dienst* sowie Nazi-Aufkleber und Plakate verbreitet. Alle diese Gruppen liegen mehr oder weniger auf einer Linie. Verteilt wird fast ausschließlich Propagandamaterial des NS-Netzwerkes: die extrem antisemitischen *Unabhängigen Nachrichten*, Aufkleber mit Motiven der alten *NF*, Flugblätter des *Schutzbundes für das Deutsche Volk*, die Monatszeitung *Nation und Europa* u. a. Die im Bündnis angeschlossene *FAP* wurde alleine in der nahegelegenen Stadt Wernigerode auf 80 Mitglieder geschätzt. Hier kam es 1993 zu nächtlichen Straßenschlachten gegen ein alternatives Zentrum.

Hupkas Bewunderung für die *Waffen-SS* dürfte einen weiteren Ausschlag für Quedlinburg gegeben haben. *Heinrich Himmler* erhob den Quedlinburger Schloßberg am 2.7.1936 zu einer Kultstätte. Die *SS* knüpfte an die Krönung des deutschen Kaisers *Heinrich I.* im Jahre 936 an. Hupka wurde Mitglied im *Verein zur Aufarbeitung Quedlinburger Schriftgutes*. Nach Beginn antifaschistischer Aktivitäten gegen Hupka distanzierte sich der Verein von dessen Mitgliedschaft. In einem Punkt sind die beiden *Heinrichs* Vorbild für den Nachwuchs-*SSler* Hupka: im Drang, das deutsche Reich in Richtung Osten auszudehnen. Von 1994 bis 1995 besuchte er eine Umschulung in der Harzstadt, einen sogenannten Existenzgründerlehrgang. Nach eigener Angabe, gemäß *AIB*, wolle er das erlernte Wissen in die Dienste des deutschen Grenzrevisionismus stellen.¹⁵ Er plane, sich im polnischen Schlesien niederzulassen. Die Vorbereitung der deutsch-nationalen Wühlarbeit auf polnischem Territorium geht auf das Jahr 1992 zurück. Damals war Hupka, noch als *NF*-Kader, für den *Ostdeutschen Bund* verantwortlich – Beiträge wurden in *DM* und *Zloty* angenommen.



Steffen Hupka aus Quedlinburg ist Herausgeber des »Umbruch«.

... Immer mehr Kader der eindeutig im NS-Spektrum verhafteten JN rücken in die Mutterpartei auf und übernehmen Führungspositionen. Dabei schreckt die Partei auch nicht davor zurück, Kader verbotener Nazi-Organisationen, wie die ehemaligen Führungsmitglieder der verbotenen Nationalistischen Front (NF), Jens Pühse und Steffen Hupka, in den Bundesvorstand zu wählen (siehe Kasten). Deutlich wird der Einfluß von NS-Kadern auf die NPD auch anhand der aktuellen Auswahl der Referenten für Parteiveranstaltungen: Für den Bundesparteitag am 10./11. Januar war der verurteilte Naziterrorist Manfred Roeder geladen. Auf dem Bundeswahlkongreß am 7. Februar in der Passauer Nibelungenhalle sollen die beiden ehemaligen Berater und Chefideologen der NF, Herbert Schweiger aus Österreich und Jürgen Rieger aus Hamburg, sprechen. Gemäß dem Führungsanspruch wird die Veranstaltung, zu der mit mehreren Tausend Teilnehmern zu rechnen ist, als »Tag des nationalen Widerstands« angekündigt. Zwar wird es der NPD zumindest bei der Bundestagswahl, zu der sie in allen Bundesländern antritt, kaum gelingen, eine bedeutende Rolle zu spielen. Dafür ist sie zu sehr als neofaschistisch stigmatisiert und die Konkurrenz durch DVU und Republikaner zu groß. Rechts von dieser Konkurrenz kann es ihr aber durchaus gelingen, ihren Führungsanspruch in die Tat umzusetzen und ihren Aufschwung zu einem Auftrieb für die gesamte extreme Rechte werden zu lassen. Entscheidend für diese Entwicklung wird sein, ob es der NPD gelingt, die unterschiedlichen Kräfte zu integrieren und die fast schon obligatorischen Streitereien zu unterbinden. Schon jetzt fungiert die NPD als Sammelbecken für Neonazis, die unter dem Mantel der legalen Partei ihren altbekannten Aktivitäten nachgehen und Strukturen aufbauen.

Der neugewählte NPD-Bundesvorstand

Am 10./11. Januar fand in Stavenhagen in Mecklenburg-Vorpommern der Bundesparteitag der NPD statt. Während vor dem »Hotel Reuterhof«, in dem die Neofaschisten tagten, mehrere Hundert Antifas, PDSlerInnen und BürgerInnen demonstrierten, wählten die etwa 180 Delegierten drinnen den neuen Bundesvorstand:

Vorsitzender

* Udo Voigt (Bayern)

Stellvertreter

- Hans Günter Eisenecker (Mecklenburg)
- Jürgen Schön (Sachsen)
- Udo Holtmann (NRW)

Weitere

- Klaus Beier (Bayern)
- Steffen Hupka (Sachsen-Anhalt)
- Thomas Salomon (Berlin)
- Roswitha Schumann (Thüringen)
- Gregor Janik (Sachsen)
- Jens Pühse (Bayern)
- Wolfgang Henning (NRW)
- Jürgen Distler (Bayern)

Wichtige Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG zum antinazistischen Kampf und zum Kampf gegen staatliche Faschisierung:

Beilage zum Flugblatt – Februar 1997

Kampf gegen die braune Pest ...

Eine Auswahl aus den Publikationen von *Gegen die Strömung* zum Thema

Zur Geschichte des Nazi-faschismus – die bis heute ungebrochene Tradition

GDS, Nr. 34 (16 S.), Mai 1985

1945: Der deutsche Imperialismus ist geschlagen, aber nicht zerschlagen!
1985: Dieselben Monopole in Westdeutschland an der Macht!

Die Wurzeln des Faschismus durch die sozialistische Revolution vernichten!

GDS, Nr. 35 (60 S.), September 1985

Eine Linie vom deutschen Faschismus zum westdeutschen Imperialismus heute
Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus

Angesichts der ungeheuren Provokation der Ehrung von SS und Naz>Wehrmacht durch die Bundesregierung:

Die Frage der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse / Wer die Verbrechen des

deutschen Imperialismus heute nicht bekämpft, macht sich mitschuldig / Die Oder-Neiße-Grenze und die Umsiedlung von Deutschen aus Polen verteidigen! / Ziele der Revolution!

Flugblatt 7/89

50 Jahre nach dem Überfall auf Polen:
Die deutschen Imperialisten versuchen, ihre Verantwortung für den 2. Weltkrieg abzuwälzen

Gegen die erneute Verbreitung der Nazi-Lüge, der Krieg gegen die Sowjetunion Stalins sei 'gerecht' gewesen.

Flugblatt 6/91:

Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion:

Keine Illusionen über den westdeutschen Imperialismus!

Flugblatt 2/92

Zur Wannsee-Konferenz 1942

Nichts vergessen!

Der fabrikmäßige Völkermord der Nazis – auch eine Drohung des deutschen Imperialismus für die Zukunft!

Flugblatt 4/92

Ein Nazi-Verbrecher und seine Karriere:
Nazi-Offizier – revisionistischer SED-Funktionär – SPD-Spitzenpolitiker
Was der „Fall Just“ lehren kann!

Flugblatt 1/93

Gegen Verfälschung und Verkürzung: Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen!

Der Kampf gegen die Nazis macht die Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie, letztlich mit der Ideologie des deutschen Imperialismus notwendig.

GDS, Nr. 62 (110 S.), Mai 1993

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die KZs und Vernichtungslager im System des Nazi-Faschismus / Merkmale des Herrschafts- und Überwachungssystems in den KZs und



Vernichtungslagern / Antinazistischer Widerstand und die Rolle der Kommunistischen Kräfte / Die bewaffneten Aufstände in den Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Sobibor.

Flugblatt 2-3/95

50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!

Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!

Flugblatt 4/95

Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen!

50 Jahre Schwur von Buchenwald:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!“

Flugblatt 5/95

8. Mai 1995: 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus!

Das Potsdamer Abkommen – eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

Nazibanden und Staat Hand in Hand - Widerstand dagegen

GDS, Nr. 36 (64 S.), Oktober 1985 und Flugblätter

Die Ermordung Günter Sares zeigt das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus!

Während der Kundgebung gegen eine NPD-Veranstaltung wurde der Antifaschist Günter Sare durch einen Wasserwerfer-Einsatz der Polizei ermordet.

GDS Nr. 36 dokumentiert u.a. die Flugblätter: „Die Braune Pest geht vom Staat aus!“, „Die Drecksargumente gegen die militanten Antifaschisten zerschlagen!“.

GDS, Nr. 38 (60 S.), August 1986

Den erstarkenden Antisemitismus bekämpfen!

Der Antisemitismus wird wieder salonfähig – in extrem rechten wie in „linksliberalen“ Kreisen. Vier demagogische Manöver des Antisemitismus nach Auschwitz werden analysiert und entlarvt.

Flugblatt Januar 1986

Kollege Ramazan Avci von neofaschistischer Gruppe erschlagen!

Flugblatt, September 1986

Verbindet Abschreibung und Massenausweisungen von politisch Verfolgten, die ihr Recht auf Asyl fordern! Kämpft gegen die Verdummung und Verbeizung der westdeutschen Bevölkerung!

Der westdeutsche Imperialismus schürt die Atmosphäre für Pogrome

Flugblatt 4/89

Ein neues Kapitel in der Geschichte Westdeutschlands: Nazi-Partei NPD erzielt

Durchbruch! Die Nazis sind wieder hoffähig geworden!

Zerschlagt die Nazi-Banden!

NPD mit 7 Abgeordneten im Frankfurter Stadtparlament / Verbot?

Kein Verbot? Wie wirklich gegen die Nazis ankämpfen?

Flugblatt 8/89

Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus:

Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!

Entlarvung der ungebrochenen Tradition des Antiziganismus - der Verfolgung und des Rassismus gegen die Sinti und Roma - bis heute.

GDS, Nr. 57 (24 S.) und Flugblatt 10/91

Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der „Abschreckung“ verkünden:

Pogrome!

In HOYERSWERDA wurden erstmalig insgesamt fünf Tage lang, mit Unterstützung der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, von nazistischen Mörderbänden öffentlich Wohnungen von Asylsuchenden und Arbeitern aus anderen Ländern angegriffen.

Ein Artikel entwickelt Perspektiven des Kampfes für alle antinazistischen und revolutionären Kräfte und analysiert zu diesem Zweck den Zusammenhang von Völkerverwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Imperialismus.

Asylrecht und

Flugblatt 9/92

Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des westdeutschen Imperialismus:

Dahinter steckt System!

Kein „Verständnis“ und keinerlei Zugeständnisse an Biedermänner und Brandstifter! / Ohne die Nazis und ihre aktiven Helfer zu schonen – vor allem die Politik des westdeut-

schen Imperialismus bekämpfen! Die Braune Pest geht von diesem Staat aus / Kapitalismus und Nazis / Den aktiven Kampf gegen die Nazi-Verbrecher forcieren! Mit aller Kraft eine starke kommunistische Partei aufbauen.

Flugblatt 11/92

8. November 1992:

Die Drecksargumente gegen die konsequenten Nazi-Gegner bekämpfen!

Nach den Nazi-Morden von MÖLLN heuchelten die Politiker des westdeutschen Imperialismus „Mitleid“. Die berechtigten Proteste gegen diese Propagandashow wurden mit massivem Knüppelinsatz der Polizei unterdrückt.

Flugblatt 6/93

Doppelt und dreifach zurückschlagen!

Dieses Flugblatt prangert die Nazi-Morde von SOLINGEN an und ruft auf: „Alle Nazi-Gegner müssen sich mit den Kolleginnen und Kollegen ohne deutschen Paß, mit den Sinti und Roma, mit der jüdischen Bevölkerung und den Asylsuchenden zum militanten Selbstschutz zusammenschließen!“ und den Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus führen!

Flugblatt 1/94

Die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten vorantreiben!

Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!

Bellage:

Die Erklärung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen schadet den in Westdeutschland kämpfenden antifaschistischen Kräften.

Flugblatt 1/94

Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen!

Gegen die staatliche Verfolgung und Kriminalisierung der ANTIFA (M) / Kritik an deren Konzept.

Flugblatt 12/94

In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt!

Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt!

Das Flugblatt stellt heraus: „die mehr als 80 Nazi-Morde, die unzähligen Nazi-Mordanschläge, ... – all dies wird unweigerlich dazu führen, daß die Verfolgten, die von Mord und Totschlag Bedrohten zur Selbsthilfe greifen, sich bewaffnen. Es wird unweigerlich dazu führen, daß sie dort, wo sie eindeutig auf Nazi-Kader, auf Nazi-Mörder treffen, deren Mordabsichten und Mordversuchen zuvorkommen versuchen.“

Flugblatt 2/96

Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

Zehn Ermordete, 38 größtenteils Schwerverletzte war die blutige Bilanz des Nazi-Brandanschlags auf ein Flüchtlingswohnheim in LÜBECK.

Beispiellos in der Geschichte der BRD ist nicht nur das Ausmaß dieses Nazi-Verbrechens, beispiellos ist auch die Kumpanei zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, bürgerlichen Medien und Nazis. Die Notwendigkeit eigener Recherchen und eigenständiger politischer Enthüllungen wird betont!

Im folgenden Flugblatt 3/96: Interview mit dem Bruder des „Hauptverdächtigen“ Saivan Eid / Am Beispiel des Nazi-Brandanschlags von HATTINGEN 1993 wird gezeigt, wie die Vertuschung von Nazi-Anschlägen in Deutschland Methode hat.

Flugblatt 9/96

Hannover, Worms, Grevesmühlen.... Nazis schützen, Linke verfolgen

Der Polizeistaat bei der Arbeit!

Flugblatt 11/96

Der Syrer Achmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen – der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei „auf der Flucht erschossen“ – drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet!

Nazis und Polizei – Mord und Totschlag!

Nazi-Pogrome und Nazi-Anschläge von 1991 bis 1996

September 1991:

Nazi-Pogrom
in Hoyerswerda

Dokumentation

**Zu dem
Nazi-Pogrom in
Hoyerswerda**

- 17. - 21. September 1991:
5 Tage lang griffen Nazis mit massiver Unterstützung von Teilen der Bevölkerung auf zwei von Menschen aus anderen Ländern bewohnte Häuser.
- Die Nazis vertrieben die Bewohner aus ihren Häusern und zerstörten die Gebäude.
- Die Polizei konnte die Täter nicht festnehmen.
- Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Täter zu verfolgen und die Opfer zu unterstützen.
- Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Täter zu verfolgen und die Opfer zu unterstützen.

August 1992:

Nazi-Pogrom
in Rostock

Dokumentation
zu dem

Ereignissen in Rostock:

- Die Schüler Geheiß: Zusammenkunft von Nazis, Bonner Politikern und bürgerlicher Presse
- Proteste und Gegenwehr gegen Nazis

2. Auflage

BRUNNEN

2 Tage und 3 Nächte andauernde Belagerung und Angriffe bis zur Brandlegung von Nazis mit massiver Unterstützung von Teilen der Bevölkerung auf eine Flüchtlingsunterkunft.

November 1992 und Mai 1993:

Nazi-Morde in
Möln und Solingen

Dokumentation

**Zu dem
Nazi-Morden
in Solingen**

- Zwei Mordanschläge auf Frauen und 3 Mädchen aus der Türkei
- Zur mörderischen Brandlegerei und der Mordanschläge in Möln
- Protestaktionen gegen den Mordanschlag von Möln

BRUNNEN

● 3 Tote in Möln,
● 5 Tote in Solingen
durch die Nazi-Brandanschläge auf zwei von Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Türkei bewohnte Häuser.

Mai 1994:

Nazi-Pogrom
in Magdeburg

Dokumentation

**Der Nazi-Pogrom
in Magdeburg
am "Himmelfahrtstag" im Mai 1994**

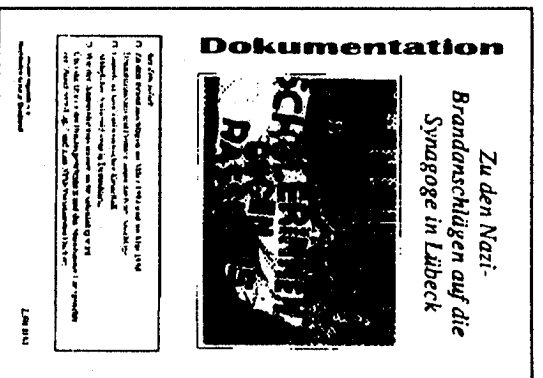
- Am 1. Mai 1994:
1. Die Nazis vertrieben die Bewohner aus ihren Häusern und zerstörten die Gebäude.
- 2. Die Polizei konnte die Täter nicht festnehmen.
- 3. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Täter zu verfolgen und die Opfer zu unterstützen.
- 4. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Täter zu verfolgen und die Opfer zu unterstützen.

BRUNNEN

Am „Himmelfahrtstag“ veranstalteten Nazi-Schläger eine Hetzjagd auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe in der Innenstadt. Hilfe für die Verfolgten kam nur von Menschen aus anderen Ländern.

März 1994 und Mai 1995:

Nazi-Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge



Januar 1996:

Nazi-Massaker in Lübeck



Nur durch Zufall entkamen die dort Wohnenden dem antisemitischen Mordanschlag, dessen Zeitpunkt die Nazis bewußt zum 50. Jahrestag der Niederlage des Nazifaschismus wählten.

● 10 Tote,
● 38 größtenteils Schwerverletzte durch Nazi-Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Systematische Vertuschungsversuche von seiten des Staats.

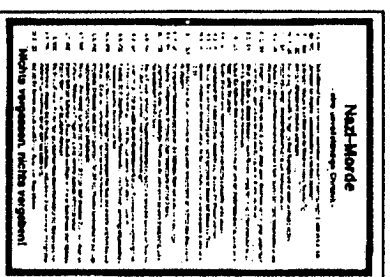
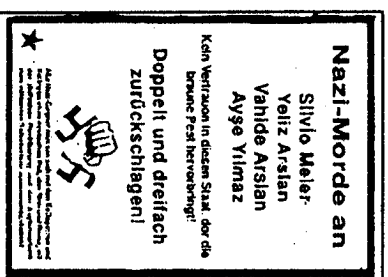
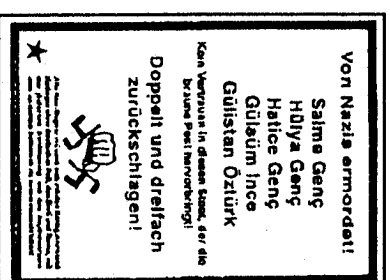
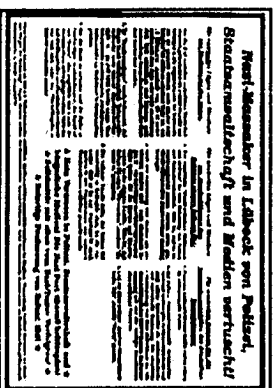
Pressepiegel von 1987 bis 1993:

„Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr an“

Schwerpunkte:

- Proteste und Widerstand gegen die rassistisch-chauvinistische Hetze und Politik in Westdeutschland
- Offener Rassismus:
 - Die Saar geht auf: Von rassistischen Überfällen bis zu Pogromen!
 - Den Asylsuchenden wird das Leben zur Hölle gemacht!
 - Beteiligung von Bundeswehrangehörigen an rassistischen Anschlägen
- Die braune Pest geht von diesem Staat aus:
 - Westdeutsche Justiz nimmt Nazis in Schutz!
 - Westdeutsche Polizei - Hand in Hand mit Nazis und Rassisteneinreiseerschwernisse, Ablehnung von Asylsuchenden und Abschiebungen
- Methoden der bürgerlichen Presse
- Antisemitismus
- Chauvinistische Hetze gegen Sinti und Roma

Plakate:



Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen von „Gegen die Strömung“ eingestellt!

Am Montag, den 2. August 1999 sollte am Amtsgericht Frankfurt/Main der Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen von „Gegen die Strömung“ stattfinden. Gegenstand des Verfahrens sollte das Flugblatt 5/98 *„Leipzig, 1. Mai 1998: Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!“* sein. Der Vorwurf lautete, Straftaten *„durch Verbreitung von Schriften in einer Weise gebilligt zu haben, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.“*

Auslöser der Ermittlungen war ein Brief von Steffen Hupka aus Quedlinburg, Mitglied des Bundesvorstands der NPD und der JN. Gericht und Staatsanwaltschaft sind also auf Aufforderung eines führenden Nazi-Kaders hin tätig geworden - ein anschaulicheres Beispiel der Zusammenarbeit von Nazis und Staatsapparat findet sich wohl selten!

Das Amtsgericht und die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main haben sich am Vormittag des ersten Verhandlungstages dazu entschlossen, den Termin ausfallen zu lassen. Die offizielle Begründung für die kurzfristige Absage: Die Justizbehörden hätten erfahren, daß der Termin im Internet angekündigt war und zu zahlreichem Erscheinen aufgerufen wurde. Dafür sei der ursprünglich vorgesehene Verhandlungssaal zu klein gewesen, ein größerer habe nicht zur Verfügung gestanden.

Wenige Tage nach Absage des Termins teilte die zuständige Richterin Walter dem Rechtsanwalt des angeklagten Genossen mit, daß das Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt würde. Die Kosten des Verfahrens und die Anwaltskosten trägt die Staatskasse.

Es ist offensichtlich, daß der wahre Grund für die Einstellung des Verfahrens nicht etwa die „Geringfügigkeit“ der angeblichen Straftat ist, sondern vielmehr die Angst der Behörden des deutschen Imperialismus vor der antifaschistischen Öffentlichkeit.

Zur Einstellung des Verfahrens beigetragen haben nicht zuletzt verschiedene Artikel in der antifaschistischen Presse und die Publikationen von „Gegen die Strömung“, die anläßlich des Prozesses erschienen sind, vor allem das Flugblatt 7/99 („Gegen die ‘Gewöhnung’ an die tagtäglichen Nazi-Verbrechen!“), die Broschüre „Kampf gegen Nazis und Nazifaschismus“ und das Plakat „Nazi-Morde 1989 bis 1999 - eine unvollständige Chronik“.

Frankfurt am Main, den 12.08.1999

GEGEN DIE STÖMUNG

BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF

VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

Flugblatt, Broschüre und Plakat gibt's gegen Rückporto bei:

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4,
60327 Frankfurt / Main, Fax: 069 / 73 09 20